

3.) Die Afghanistan-Politik des Westens ist gescheitert

Noch mehr Krieg wird gar nichts lösen

Ein Gespräch mit Dr. Dr. Michael Pohly, Freie Universität Berlin*

...

Welche Bedeutung hat der fortgesetzte Krieg für das Urteil der Afghanen über die fremden Truppen?

Wir haben schon frühzeitig gewarnt, die Flächenbombardierungen fortzusetzen. Schon mit Beginn des Krieges im Herbst 2001 und dann auch später in der Verfolgung von al-Kaida oder der Taliban haben die Amerikaner, um ihre eigenen Truppen zu schützen, schlichtweg einfach massiv Gehöfte und andere zivile Ziele bombardiert. Und diese verheerenden «Kollateralschäden», wie es verniedlichend in der Sprache der Militärs heisst, in den paschtunischen Gebieten greifen massiv in den sozialen Prozess dieser Gesellschaft ein. Um es nochmals zu verdeutlichen: Es gibt viele Beispiele, wo Hochzeitsgesellschaften oder auch Beerdigungen bombardiert worden sind, weil man gedacht hat, dass jemand von al-Kaida oder den Taliban daran teilnehmen würde, und man hat in Kauf genommen, 30, 120, 150 Menschen zu töten, um zum Beispiel nur eine Person zu treffen. Das spricht sich herum. Diese Ereignisse dienen ja nicht nur dazu, mit jemandem zu feiern oder von jemandem Abschied zu nehmen, sondern das sind soziale Begebenheiten, bei denen Zukunft geplant wird. Da werden Hochzeiten vereinbart, da werden Verträge geschlossen, da werden alte Rechnungen beglichen, oder man versöhnt sich. Das ist ein wesentlicher Bestandteil des sozialen Lebens. Das aber haben die Amerikaner durch ihre Bombardierungen massiv beeinträchtigt. Sie greifen elementar in den Lebenszyklus dieser Gesellschaft ein. Und das ist das, was die Menschen nicht verzeihen.

.... Siehe Seite 6

2.) Ausländische Truppen wegen Massakers angeklagt

von Matiullah Minapal und Aziz Ahmad Tassal, Lashkar Gah, Afghanistan*

siehe Seite 3

1.) Afghanistan: Systematischer Mord an der Zivilbevölkerung

Bewusste Verschleierung durch Politik und Militär

rt. Die jetzt veröffentlichten Aufnahmen im Nachgang eines Massakers an afghanischen Kindern in der Provinz Helmand vom vergangenen Jahr und eines Massakers im Garmseer-Distrikt erschüttern die Öffentlichkeit. Von einem bewaffneten Helikopter aus werden Kinder eines afghanischen Dorfes gejagt und erschossen. Die Schreie der verzweifelten Mütter, die vor dem unfassbaren Vorgang die Welt nicht mehr verstehen, sind nicht zu überhören. (vgl. DVD «Massaker an Kindern in Helmand», M.D. Miraki, und nebenstehenden Bericht von Matiullah Minapal und Aziz Ahmad Tassal).

Nichts kann darüber hinwegtäuschen, dass ein solches Massaker an unschuldigen Kindern der verantwortlichen Armeeführung nicht verborgen bleibt (und verborgen bleiben darf!). Alle Indizien (Nachrichtmeldungen, Augenzeugenberichte) weisen darauf hin, dass dieses Massaker kein Einzelfall war und dass solches Vorgehen von der militärischen Führung toleriert, wenn nicht gar gebilligt wird.

Noch sind es Zufälle, wenn aus den von den kriegsführenden Mächten hermetisch vor der Öffentlichkeit abgeschirmten Gebieten im Süden und Osten Afghanistans überhaupt Meldungen über die tatsächlichen Ereignisse durchdringen.

Die Meldungen, die «normalerweise» in den USA und Europa verbreitet werden, werden von den zuständigen militärischen US-Medienstellen (zum Beispiel Fort Bragg) **zensiert und bearbeitet**. Die wenigen Nachrichten, die doch an dieser Zensur vorbeikommen, sind erschütternd. Massaker an Zivilisten, Vergewaltigungen, sexuelle Ausbeutung von Minderjährigen und sinnloses Morden.

Wie übelster Hohn muten die schönen Worte von Krankenhäusern, Demokratie und Wiederaufbau aus offiziellem Munde an.

Immer fataler werden die Parallelen zum Vietnam-Krieg. Auch dieser Krieg richtete sich de facto gegen die Zivilbevölkerung. Die Bewohner Vietnams wurden in den Augen der Militärs per se zu Verbündeten der feindlichen Vietcong. Damit rechtfertigte das Militär Greueltaten an den Bewohnern des Landes. Kriegsverbrechen wurden übersehen und von der militärischen Führung toleriert oder gar gefordert. Die Ähnlichkeiten zwischen Vietnam und Afghanistan sind alarmierend (vgl. Bernd Greiner, «Krieg ohne Fronten. Die USA in Vietnam», ISBN 978-3-936096-80-4).

Die fortschreitende militärische Eskalation in Afghanistan beschreibt der deutsche Afghanistan-Experte Christoph R. Hörstel («Sprengsatz Afghanistan. Die Bundeswehr in tödlicher Mission», ISBN 978-3-426-78116-6). Statt des versprochenen Wiederaufbaus werden die Kämpfe an allen Orten stärker und der Waffeneinsatz massiver.

Die Kriegsallianz unter Führung der USA führt einen Krieg, der jedes Minimum an menschlicher Achtung vermissen lässt. Der gigantische Einsatz von unterschiedlichen Waffen übersteigt jedes vorstellbare Mass. Schon 2002 (!) beschrieb Helen Caldicott ein Arsenal des

Schreckens, das in Afghanistan eingesetzt wird («Atomgefahr. USA. Die nukleare Aufrüstung der Supermacht», ISBN 3-7205-2385-3).

Neben Streumunition, Benzinbomben, Uranwaffen und Bunkerbuster, die in erster Linie die Zivilbevölkerung treffen, werden auch neue Waffensysteme «erprobt». Waffen, deren Wirkungsweise wir nicht erahnen. Ein sofortiger Ausstieg aus dem kriegsverbrecherischen Morden steht dringend an. •

Sehr geehrte Leserinnen und Leser

Untenstehenden Link zu einer Videodokumentation über das Massaker an 27 afghanischen Kindern in Helmand im Jahr 2007 hat uns Dr. Daud Miraki zukommen lassen. Wir lassen Ihnen auch seinen Vortrag mit Fakten zur Lage in Afghanistan im Anhang zukommen. Sehen Sie sich das Video an und hören Sie das Weinen der Mütter um ihre Kinder – es sind auch unsere Kinder ...

Das Video ist über das Internet unter dem folgenden Link abrufbar:

<http://video.google.com/videoplay?docid=-1332529811306781463>

Gegen einen Spendenbeitrag für das Projekt von Professor Dr. Daud Miraki können Sie die Dokumentation als DVD bei der Redaktion Zeit-Fragen bestellen. Siehe: www.zeit-fragen.ch

2.) Ausländische Truppen wegen Massakers angeklagt

von Matiullah Minapal und Aziz Ahmad Tassal, Lashkar Gah, Afghanistan*

«Sie töteten Zivilisten – Leute wie mich mit rauhen Bauernhänden. Wenn Sie mir nicht glauben, kommen Sie mit mir zu den Gräbern. Ich werde Ihnen die Leichen ausgraben und zeigen.»

Bewohner eines südlichen Dorfes berichten von einer Nacht der Gewalt seitens ausländischer und afghanischer Soldaten.

Ein junger Mann liegt im Bett des Notfall-Krankenhauses in Lashkar Gah. Sein Hals ist bandagiert, und er kann kaum sprechen. Während er seine Hand auf die Wunde hält – er leidet sichtlich unter Schmerzen –, erzählt er im Flüsterton von seiner Qual und unterbricht seinen Bericht immer wieder durch die Worte: «Meine zwei Brüder! Meine zwei Brüder!»

Der Name des Mannes ist Abdul Manaan, aber die Ansässigen nennen ihn «Naanwai», den «Bäcker», weil er eine Backstube in Lakari besitzt, das etwa zwei Kilometer vom Dorf Toubé im südlichen Garmseer-Distrikt der Helmand-Provinz liegt.

Abdul Manaan klagt über Schnitte in seinem Nacken, die er während eines nächtlichen Angriffs erlitten hat. Nach Angaben von Ortsansässigen wurde dieser Angriff von gemischten Einheiten, bestehend aus ausländischen und afghanischen Truppen, ausgeführt, die am 18. November mit Helikoptern nach Toubé eingeflogen wurden. Nach Augenzeugenberichten

haben die Soldaten 18 Zivilisten während des Angriffs getötet, eines Angriffs, der sogar unter Gesichtspunkten des afghanischen Konflikts brutal gewesen sei.

Obleich gesagt wird, dieser Angriff habe vor drei Wochen stattgefunden, gibt es bisher keine Nachrichten oder Kommentare darüber ausserhalb von Helmand.

«Es war etwa zwei Uhr morgens, als ich die Flieger hörte und wach wurde», sagte Abdul Manaan. «Ich schaute hinaus, aber ich konnte nichts sehen. Meine zwei jüngeren Brüder, die in einem anderen Raum waren, kamen zu mir, um mich zu fragen, was los sei, aber ich sagte ihnen: «Nichts. Geht ruhig wieder schlafen.» Sie gingen zurück ins Bett, so wie ich auch.»

«Dann hörte ich einen Krach auf dem Dach, ich schaute hinaus und sah bewaffnete Männer dort oben. Sie kletterten hinunter und stiegen in das Zimmer meiner Brüder. Sie fragten sie, ob sie Taliban seien. Einer meiner Brüder sagte: «Nein, wir sind Ladenbesitzer, kommen Sie und durchsuchen Sie unser Haus. Wir haben nichts, keine Waffen oder ähnliches.» Die Soldaten erschossen ihn auf der Stelle. Meinen anderen Bruder brachten sie zu mir und banden ihm die Hände zusammen. Dann schnitten sie ihm die Kehle durch. Ich konnte ihn röcheln hören. Er machte noch immer Geräusche, als sie zu mir kamen.»

«Einer der Soldaten sprach ein wenig Paschto – er fragte, ob wir Taliban seien, und ich sagte nein, wir sind Ladenbesitzer. Sie forderten mich auf, an die Wand zu stehen und fesselten mir die Hände. Sie legten mir ein Messer an den Nacken und schnitten dreimal ein. Dann warfen sie eine alte Plane über mich und gingen weg. Aber ich war nicht tot.»

Während Manaan unter der Plane lag und sich mit der Hand die Wunden an seinem Nacken hielt, hörte er, wie die Soldaten sich um das Haus bewegten und wie Kinder schrieten.

Als die Soldaten nach etwa einer halben Stunde verschwunden waren, sagte er, «ich stand auf und ging zu meinem Bruder. Er war kalt.»

Er fand die Frauen und Kinder lebendig in einem anderen Raum, zusammen mit einigen, die aus anderen Häusern kamen. «Jeder schrie und weinte», sagte er.

Am Morgen wurde Abdul Manaan ins Krankenhaus nach Lashkar Gah gebracht.

«Ich habe überlebt, aber meine beiden Brüder sind tot,» sagte er. «Was soll ich nun machen?»

Bewohner der Provinz Helmand haben in den letzten paar Monaten zunehmend begonnen, sich an Luftanschläge zu gewöhnen. Da die Taliban und ausländische Truppen um die Kontrolle in der Provinz kämpfen, geraten die Zivilisten oft mitten hinein.

Die internationalen Truppen beschuldigen die Taliban, dass sie Frauen und Kinder als «menschliche Schutzschilde» gebrauchen, während die Rebellen und mehr und mehr auch die afghanische Regierung die ausländischen Truppen wegen rücksichtsloser Missachtung des menschlichen Lebens überhaupt verurteilen.

Aber das was sich den Berichten zufolge in Toubé ereignete, ist von ganz anderer Art als die separaten, wenn auch entsetzlichen Bombardierungen, die Häuser und Familien zerstörten.

Die Geschichte von Abdul Manaan wird von Dutzenden von Dorfbewohnern von Toubé bestätigt, die vom Institute for War and Peace Reporting (IWPR) interviewt wurden, als sie sich in Lashkar Gah einer Behandlung unterzogen oder verletzte Verwandte dorthin begleiteten.

Alle sprachen übereinstimmend von Soldaten, die Türen aufbrachen, Kinder erschossen und Kehlen durchschnitten. Sie stimmten darin überein, dass der Sturm um zwei Uhr morgens mit dem Geräusch von Helikoptern begann, die Dutzende von bewaffneten Männern brachten, sowohl Afghanen als auch Ausländer.

Ein Mann, der Nabi Jan heisst, teilte IWPR mit: «Am Sonntag um zwei Uhr morgens stürmten ausländische Truppen mein Haus und erschossen meine Kinder in ihren Wiegen. Ich sammelte ihre zerschmetterten Gehirne mit meinen eigenen Händen auf und legte sie zu den Körpern.»

«In jener Nacht töteten sie 18 Menschen. Ich schwöre, dass sich unter ihnen keine Taliban-Kämpfer befanden», sagte er, und vor Ärger schwoll der Ton seiner Stimme an. «Sie töteten Zivilisten – Leute wie mich mit rauen Bauernhänden. Wenn Sie mir nicht glauben, kommen

Sie mit mir zu den Gräbern. Ich werde Ihnen die Leichen ausgraben und zeigen.»

Nach Aussage von Nabi Jan zogen die Soldaten ungefähr um fünf Uhr in der Frühe, als es noch dunkel war, ab. Er selbst und diejenigen, die von seiner Familie übriggeblieben waren, lagerten nun in der Winterkälte im Freien beim Fluss und hatten Angst, nach Hause zu gehen. Borjan, ein Nachbar, der vor dem Notfall - Krankenhaus von Lashkar Gah wartet, bestätigt die Begebenheit.

«Ich bin Zeuge», sagt er. «Soldaten kamen in unsere Häuser. Sie erschossen alle, die sie finden konnten, einschliesslich derer, die in ihren Betten schliefen. In einem Haus wurden Babys in ihrer Wiege erschossen. Drei Menschen wurden die Kehlen durchgeschnitten; einer überlebte jedoch und befindet sich jetzt in diesem Krankenhaus.»

Gemäss Borjan beläuft sich die Zahl der Todesopfer auf 17.

«Bei diesem Angriff wurden zwei meiner Cousins getötet», sagte Noor Mohammad, ein weiterer Mann, der vor dem Krankenhaus wartet.

«Es war Nacht, als wir Flieger hörten. Soldaten kamen zu unserem Haus. Wir versteckten uns und öffneten nicht die Tür, so dass sie diese aufbrachen. Als sie das Haus betraten, begannen sie zu schiessen und töteten vier Menschen. Es waren ausländische Truppen sowie Truppen der afghanischen Armee. Während sie abzogen, schossen sie jeden nieder, den sie finden konnten.»

Garmseer liegt ungefähr 70 km südlich von Lashkar Gah an der Grenze zu Pakistan. Die Abgelegenheit dieses Ortes sowie die Durchlässigkeit der Grenze haben dazu geführt, dass es sich um einen der instabilsten Landstriche in einer extrem unruhigen Provinz handelt. Die Taliban kontrollieren die meisten der Distrikte mit Ausnahme einiger Verwaltungszentren der Regierung, und es gibt häufig Zusammenstösse zwischen den Aufständischen und der Armee.

Dennoch sind die Berichte über das, was in Toubé geschehen ist, aussergewöhnlich, und sie sind mündlich rasch in ganz Helmand weiterverbreitet worden, was die Stimmung in der Bevölkerung weiter verschlechtert hat. Am 20. November kam eine Gruppe von fast 100 Stammesältesten aus dem Distrikt nach Lashkar Gah, um im Büro des Afghan National Security Directorate mit Vertretern der Regierung zu sprechen.

Das emotional aufgeladene Treffen wurde von Vertretern des PRT (Provincial Reconstruction Team) besucht, der gemeinsamen militärischen und zivilen Einheit, die unter dem Mandat der Isaf (International Security Assistance Force) der Nato damit beauftragt ist, in Helmand für Sicherheit und Wiederaufbau zu sorgen.

Die Stammesältesten verlangten den Rückzug der ausländischen Truppen aus Garmseer und ein Ende der militärischen Operationen.

«Wir hassen die Regierung und die Nato, weil sie unsere Frauen und Väter töten», sagte Khan Agha aus der Delegation. «Sie lassen uns nicht unser Leben führen; sie schlachten uns ab.» Khan Agha sagte, dass er sich gegen die afghanische Armee gewandt habe.

«Es ist schlimm genug, dass Ausländer solche Dinge tun, aber jetzt hilft ihnen die afghanische Armee dabei. Wir sind wütend, dass nicht einmal Afghanen mit uns Mitleid haben. Bisher habe ich mit der afghanischen Armee zusammengearbeitet, aber jetzt werde ich bei Gelegenheit alles tun, um ihnen Schaden zuzufügen», sagte er.

Die Ältesten trugen einer nach dem anderen ihre Berichte vor, die alle bemerkenswert übereinstimmten.

«Mein Name ist Hajji Ali Mohammad», sagte ein alter Mann, der dermassen vornüber gebeugt war, dass er kaum laufen konnte. Tränen liefen ihm das Gesicht herab, als er sprach.

«Es war während der Nacht, als bewaffnete Männer in mein Haus eindringen und zwei meiner Söhne erschossen. Einer von ihnen hatte gerade einen Monat vorher geheiratet. Meine Söhne waren keine Mitglieder der Taliban, sie waren Bauern. Wir sind arme Bauern.»

Mohammad Hussain Andiwai, der Polizeichef für die Provinz Helmand, hielt eine lange Rede. Er sagte, dass er die Gewalt in Toubé bei den internationalen Streitkräften zur Sprache

bringen werde. «Ich kann euren Schmerz spüren», sagte er zu den Ältesten. «Selbst ein Herz aus Stein würde bei diesem Kummer schmelzen. Ich werde mit den Ausländern sprechen und ihnen das Versprechen abverlangen, nicht noch einmal Zivilisten zu töten.» •

Quelle: IWPR vom 11.12.2007 (Foreign Troops Accused in Helmand Raid Massacre)
[www.rawa.org/temp/runews/2007/12/11/foreign-trops-accused-in-helmand-raid-massacre.html?cutepath=http://www.mcm-creations.com/id.txt?](http://www.rawa.org/temp/runews/2007/12/11/foreign-trops-accused-in-helmand-raid-massacre.html?cutepath=http://www.mcm-creations.com/id.txt)
(Übersetzung Zeit-Fragen)

*Matiullah Minapal und Aziz Ahmad Tassal sind Reporter des IWPR (Institute for War and Peace Reporting) in Lashkar Gah.

3.) Die Afghanistan-Politik des Westens ist gescheitert

Noch mehr Krieg wird gar nichts lösen

Ein Gespräch mit Dr. Dr. Michael Pohly, Freie Universität Berlin*

*Dr. Dr. Michael Pohly ist Arzt und Ethnologe. Er arbeitet als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Iranistik der Freien Universität Berlin und ist Gutachter für verschiedene öffentliche Einrichtungen und Parteien sowie Berater des deutschen Auswärtigen Amtes und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ). Zahlreiche Veröffentlichungen zum Thema Afghanistan.

Zeit-Fragen: Nach allem, was man weiss und hört, hat sich die Lage in Afghanistan dramatisch zugespitzt. Das ganze Land befindet sich im Kriegszustand, und von Wiederaufbau kann keine Rede mehr sein. Herr Dr. Pohly, wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in Afghanistan?

Dr. Pohly: Ich beurteile die gegenwärtige Lage sehr kritisch, weil die Versäumnisse der Politik jetzt sehr deutlich sichtbar geworden sind. Man hat eine verstärkte Widerstandsbereitschaft, die von den ländlichen Regionen, von ausserhalb der grossen Städte in Afghanistan ausgeht. Es gibt ganze Gebiete, in denen die Regierung keine Kontrolle mehr hat oder auch nie versucht hat, ernsthaft etwas aufzubauen.

Wie geht es den Menschen in Afghanistan?

Es ist unterschiedlich. Wir haben eine grosse Agglomeration inzwischen in Kabul mit dreieinhalb bis vier Millionen Menschen, obwohl die Stadt nur für eineinhalb bis zwei Millionen angelegt ist. Es gibt keine Rückkehrerprogramme für die in die Stadt Gewanderten, es gibt aber auch keine Integrationsprogramme für die Rückkehrer oder für die Leute, die in Kabul untergekommen sind, und die Tagelohnarbeit und die Unterversorgung in Kabul sind

ein riesiges Problem.

Auf der anderen Seite haben wir das massive Auftreten von Spekulanten, die in Kabul tätig sind, das heisst, es klafft eine riesige Lücke zwischen reich und arm. Es gibt keine Sozialprogramme für eine Integration.

Dies alles sind Versäumnisse, die man der afghanischen Politik hart anlasten muss, aber im Prinzip auch dem Westen. Wenn jetzt von Deutschland mehr Kampftruppen angefordert werden, bedeutet das eigentlich nichts anderes als die Militarisierung und die Reaktion auf Defizite, die die Politik zu verantworten hat.

Die Aufgabe der Isaf ist ihrem Uno-Auftrag gemäss der Wiederaufbau. Wie beurteilen Sie den Wiederaufbau in Afghanistan, der ja eigentlich der Bevölkerung zugute kommen sollte?
Ich denke, da sind massive Defizite zu vermerken. Ein Stück weit ist es gelungen, die Infrastruktur in den grossen Städten zu verbessern, Verbindungen zwischen den Städten aufzubauen. Das war aber am einfachsten. Die Regierenden haben es nicht vermocht, die Bevölkerung zu begeistern und mitzunehmen. Es ist nicht gelungen, den Afghanen ein Konzept, wo Afghanistan in den nächsten 20 Jahren stehen beziehungsweise was erreicht werden soll, zu vermitteln. Statt dessen war in den letzten sieben Jahren eine Mausechelpolitik zwischen Karzai, zwischen Kabinettsmitgliedern innerhalb der Regierung und den Amerikanern zu beobachten. Ansonsten partizipieren relativ wenig Menschen an diesen Entscheidungen, die wurden vielmehr häufig in den Hinterstübchen ausgehandelt. Und das sind die grossen Defizite, die sich heute in Afghanistan bemerkbar machen, und die ländlichen Regionen sind im Prinzip sträflich vernachlässigt worden und sind verlorengegangen.

Die Regierungsbildung in Afghanistan seit dem Spätherbst 2001 wurde im wesentlichen von aussen oktroyiert. Schon das ist ja ein Riesenproblem. Welche weiteren Fehler wurden bei der Regierungsbildung in Afghanistan gemacht?

Ein grosser Fehler war die Integration der Warlords innerhalb der Regierung. Das ist von den Afghanen im Prinzip als Belohnung für die Untaten der Warlords, die sie in den letzten 20 bis 25 Jahren begangen haben, verstanden worden. Dadurch hat die internationale Gemeinschaft an Glaubwürdigkeit verloren, zusätzlich verstärkt durch das Verhalten der Isaf, die mit den Warlords Stillhalteabkommen geschlossen haben, Kooperationsverträge abgeschlossen haben, einzelne Warlords erst gross gemacht haben; Warlords, die letztlich als einzige die Vorteile der «Friedenszeit» einfahren können ...

Sehen Sie in der von der US-Regierung und von der Nato-Spitze so lautstark geforderten Aufstockung der Truppen eine Lösung für die Probleme Afghanistans?

Nein, das glaube ich nicht, dass eine Aufstockung der Truppen eine Lösung bedeuten könnte. Das bedeutet eine weitere Militarisierung der Politik. Wir haben schon genügend Defizite innerhalb der Politik, und das Militär ist nicht in der Lage, diese Defizite aufzufangen.

Man hat in Afghanistan versäumt, die Frage nach Gerechtigkeit ins Zentrum zu stellen. Was die Afghanen wollten, ist soziale Gerechtigkeit, und sie wollten auch insofern Gerechtigkeit, dass die Warlords für das, was sie angerichtet haben – für ihre Verbrechen gegen die Menschlichkeit – zur Rechenschaft gezogen werden und nicht mehr in verantwortliche Positionen kommen. Das war das Mindeste, was die Leute von dem Prozess der «Demokratisierung», der vom Westen eingeleitet worden ist, erwartet haben.

Aber statt dessen mussten sie erleben, auf Druck der Vereinten Nationen (VN), auf Druck der vom VN-Beauftragten für Afghanistan Brahimi formulierten Konzepte, dass diese Leute, diese Verbrecher, die nicht nur Kapitalverbrechen begangen haben, sondern auch Verbrechen gegen die Menschlichkeit, dass diese Leute belohnt worden sind mit Ämtern und Würden. Das ist etwas, was hier im Westen überhaupt nicht wahrgenommen wird, weil man dachte, die

Afghanen hätten das Gefühl nicht. Aber wenn es etwas gibt in Afghanistan, dann ist es dieses Gefühl für Gerechtigkeit. Und das vergisst niemand. Ob es ein Paschtune oder ein Hasara oder ein Tadschike ist. Dieses Verlangen stirbt nicht.

Das heisst, es ist keine Sicherheit im Inneren geschaffen worden, und ohne Sicherheit im Inneren gibt es auch keine Entwicklung. Ohne Entwicklung gibt es keine Sicherheit, und ohne Sicherheit gibt es keine Entwicklung, das ist eine Einheit innerhalb des ganzen Prozesses. Und beide Elemente sind sträflich vernachlässigt worden. Es gibt keine Sicherheit, weil das, was wir an Polizeikräften aufgebaut haben, nichts anderes gewesen ist als eine Kaschierung von ehemaligen Milizen und Milizangehörigen, die einfach eine andere Uniform und eine schlechte Bezahlung bekommen haben und die von der Bevölkerung als eine grössere Bedrohung wahrgenommen werden als Banditen. Das ganze Konzept, auch das von Deutschland, mit dem Wiederaufbau einer Polizei, das ist wunderbar auf dem Papier, in der Praxis aber gescheitert.

Und das, was die Amerikaner dann gemacht haben innerhalb von sechs Wochen, dreissigtausend Polizisten zu benennen, das ist nicht etwas, was Sicherheit garantiert, sondern diese armen Menschen werden missbraucht, indem sie als paramilitärische Hilfstruppen von den Militärs eingesetzt werden. Diese Hilfstruppen haben in den Kämpfen mit den Taliban und anderen die grössten Opfer zu beklagen.

Es gibt auch keinen Wiederaufbau von Justiz und von Staatsanwälten, es gibt keine Regelungen. Der Staat hat es bis heute nicht geschafft, das Gewaltmonopol und das «Recht auf Gewalt» an sich zu binden und gegenüber den Warlords durchzusetzen ...

Jetzt hat die US-Regierung fast ultimativ europäische, vor allem deutsche Kampftruppen, für den Süden verlangt. Wie beurteilen Sie das?

Die USA haben von vornherein ein anderes Konzept gehabt für Afghanistan. Unter Rumsfeld und Bush war es so, dass man Afghanistan gar nicht wiederaufbauen wollte, sondern man wollte Afghanistan kontrollieren. Und die Ergebnisse, die wir heute sehen, sind das Resultat dieser Politik, dass man Afghanistan kontrollieren wollte mit einem Minimum an Aufwand und mit einem Maximum an Ertrag ..., aber das funktioniert nicht.

Also müsste die deutsche Regierung eigentlich eine klare Absage erteilen?

Ich denke, die deutsche Regierung wäre gut beraten, dieser Aufforderung eine klare Absage zu erteilen. Denn dieses Konzept wird nicht funktionieren. Wir werden ähnlich Schiffbruch erleiden, wie es die USA im Irak-Krieg erleben, denn mit der Militarisierung gewinnen wir gar nichts.

Wenn es nicht gelingt, die Bevölkerung mitzunehmen, dann wird alles scheitern ... Zum Beispiel das Problem der Taliban. Die Taliban haben keine wirkliche Resonanz in der Bevölkerung. Was passiert aber? Es gibt Probleme: 2 bis 3 Stämme haben Dissonanzen miteinander, über Weiderechte, Wasserrechte, Grundrecht usw. – und was die Taliban dann machen: Sie gehen dorthin und werden die Partei eines Stammes oder eines Clans, weil ein Staat nicht existent ist. Das heisst, dann werden die Stämme gegeneinander ausgespielt, die einen sind auf einmal stark, weil sie von den Taliban Unterstützung bekommen, die anderen dominieren können oder zumindest ihr vermeintliches Recht in irgendeiner Form durchsetzen. Das ist die Stärke der Taliban, dass sie Streitigkeiten für sich nutzen können, weil der Staat einfach nicht existent ist.

Wenn wir das aber wissen, dann muss unsere Politik eine andere sein als eine sogenannte «militärische Befriedung», also ein Krieg gegen Leute, die potentiell immer nach Pakistan ausweichen können. Die Taliban gehen rein nach Afghanistan, machen eine Aktion und gehen wieder raus, sind vor Ort also kaum fassbar, bis auf ein paar bestimmte Gebiete, die im Prinzip vom Staat aufgegeben worden sind.

Aber wenn es das Ziel ist, ein Land kontrollieren zu wollen, dann hat man ja auch kein wirkliches Interesse, das Land zu befrieden.

Genau so ist es, deswegen sattelt man das Pferd von hinten auf. Es ist bei uns in der deutschen Politik leider so, dass man im Prinzip den Wünschen der Amerikaner immer sehr schnell nachgekommen ist – bis auf den Militäreinsatz im Süden. Aber ansonsten hat man sich nicht wirklich eigenständig positionieren wollen, indem man zum Beispiel gesagt hat: Also, wir wollen Entwicklung, wir machen das anders – sondern man hat sich mit dem Symbolhaften begnügt und ist bisher im Prinzip der Politik der Amerikaner gefolgt.

Wie beurteilen die Afghanen, die Sie kennen, die jahrelange Anwesenheit fremder Truppen in ihrem Land?

Das ist jetzt anders als Ende 2001, das hat sich deutlich gewandelt. Am Anfang haben bis zu 95% der Menschen diese Truppen begrüßt. Sie wurden nicht als Invasionstruppen betrachtet, sondern man hat sie willkommen geheissen, weil man darauf hoffte, dass endlich das Elend vorbei wäre, das durch die Taliban verursacht worden war, durch die Kräfte in Pakistan, die letztlich das Rückgrat, das logistische und das ideologische Rückgrat der Taliban darstellen – bis heute. Von daher waren die fremden Truppen als Befreier wahrgenommen worden. Das ist der wesentliche Unterschied zum Irak.

Die Leute haben allerdings erwartet, dass die fremden Truppen, dass die westlichen Mächte, wie ich schon gesagt habe, soziale Gerechtigkeit und Gerechtigkeit implementieren und dass man auch ein Stück weit die Leute aus dem Verkehr zieht, unter denen man in den letzten dreissig Jahre gelitten hat.

Das ist aber alles nicht passiert, sondern die Amerikaner haben eine zweigeteilte Politik gemacht. Zum einen haben wir die Isaf gehabt, die diese wahnsinnige Idee hatte, einen Sicherheitskorridor um Kabul zu errichten, Kabul zu entwickeln und von dort aus ins Land hineinzuwirken, was ein vollkommener Unsinn war und was von den Afghanen auch sehr frühzeitig kritisiert worden ist.

Zum anderen haben sich die USA nichts anderes einfallen lassen, als mit den ehemaligen verhassten Milizen sofort wieder auf al-Kaida-Jagd zu gehen.

Damit sind aber auch die Kräfte in Afghanistan, die gegen die Zentrale in Kabul standen, von den Amerikanern wieder gestärkt worden. So dass man ausserhalb Kabuls und in Kabul Kräfte hatte, die zwar beide mit den Amerikanern zusammenarbeiten sollten, die in Wirklichkeit aber gegeneinander standen.

Die vielen Stammesältesten aber, die Stammesführer usw., die willens waren, eine neue Zukunft für Afghanistan aufzubauen, allerdings nur um den Preis einer Teilhabe an der Macht und am zukünftig zu verteilenden Geld, hat man vollkommen aussen vor gelassen. Man hat gesagt, die wären irrelevant. Auch das ist einer der Gründe, warum man die Regionen ausserhalb Kabuls verloren hat.

Welche Bedeutung hat der fortgesetzte Krieg für das Urteil der Afghanen über die fremden Truppen?

Wir haben schon frühzeitig gewarnt, die Flächenbombardierungen fortzusetzen. Schon mit Beginn des Krieges im Herbst 2001 und dann auch später in der Verfolgung von al-Kaida oder der Taliban haben die Amerikaner, um ihre eigenen Truppen zu schützen, schlichtweg einfach massiv Gehöfte und andere zivile Ziele bombardiert. Und diese verheerenden «Kollateralschäden», wie es verniedlichend in der Sprache der Militärs heisst, in den paschtunischen Gebieten greifen massiv in den sozialen Prozess dieser Gesellschaft ein.

Um es nochmals zu verdeutlichen: Es gibt viele Beispiele, wo Hochzeitsgesellschaften oder auch Beerdigungen bombardiert worden sind, weil man gedacht hat, dass jemand von al-Kaida oder den Taliban daran teilnehmen würde, und man hat in Kauf genommen, 30, 120, 150 Menschen zu töten, um zum Beispiel nur eine Person zu treffen. Das spricht sich herum.

Diese Ereignisse dienen ja nicht nur dazu, mit jemandem zu feiern oder von jemandem Abschied zu nehmen, sondern das sind soziale Begebenheiten, bei denen Zukunft geplant wird. Da werden Hochzeiten vereinbart, da werden Verträge geschlossen, da werden alte Rechnungen beglichen, oder man versöhnt sich. Das ist ein wesentlicher Bestandteil des sozialen Lebens. Das aber haben die Amerikaner durch ihre Bombardierungen massiv beeinträchtigt. Sie greifen elementar in den Lebenszyklus dieser Gesellschaft ein. Und das ist das, was die Menschen nicht verzeihen.

Es hat regelrechte Massaker gegeben, zum Beispiel in Helmand!

Es ist einfach nur zum Heulen. Das alles ist gedeckt worden.

Und ich denke an Dostum, diesen Schwerverbrecher, der 30 000, 40 000 Menschen auf dem Gewissen hat. Dieser Mann sitzt in der Regierung, und er wird Verteidigungsminister. Nach 1945 hat man ja zumindest versucht, Verbrechen aufzuarbeiten, einige Hauptschuldige zu verurteilen. Nicht mal im Ansatz gab es so etwas in Afghanistan.

Ich habe selbst mehrere Fälle dokumentiert, protokolliert und den VN und auch der Regierung Karzai weitergegeben, Fälle von Menschen, die sich als Kandidaten der Loya Djirga aufstellen lassen wollten oder haben aufstellen lassen, die dann von Regierungsmitgliedern bedroht worden sind, wo es konkrete Befehle gegeben hat, diese Menschen umzubringen, weil sie für die Regierenden zu gefährlich geworden sind. Die Fälle sind vom Westen weggewischt worden, wurden nie verfolgt.

Und die heute regierenden Afghanen haben gesehen: Wir können weitermachen wie bisher, nun auch mit westlicher Hilfe. Wir können uns endlich etablieren. Und das ist das, was diese tiefe Enttäuschung bei den meisten Afghanen ausmacht. Deshalb lässt man die Taliban zu, aber man ist nicht für die Taliban.

Haben Sie persönlich eine Vorstellung, wie ein Friedenskonzept für Afghanistan aussehen könnte?

Ich denke schon. Wir hatten der deutschen Bundesregierung mehrere Vorschläge vorgelegt, die zusammen mit den Afghanen entwickelt worden waren. Ich war 2002 fast ein Jahr in Afghanistan, habe für die Friedrich-Ebert-Stiftung, das ist die Stiftung der SPD, Aufbauarbeit geleistet in Afghanistan und habe mich dabei im wesentlichen mit Demokratisierungsprozessen und Parteien beschäftigt. Wir haben die Vorbereitungen für die Emergency-Loja Djirga mitgestaltet. Dinge getan, bei denen wir an vorhergehende Projekte anknüpfen konnten, hatten es geschafft, mit den unabhängigen Stammes-Djirgas einen Verbund herzustellen. Und auch eine Vertretung zu etablieren. Die haben sehr viele vernünftige Vorschläge gemacht.

Einer dieser Vorschläge ist von Anfang an gewesen: Bitte geht in die Gebiete ausserhalb der städtischen Zentren und bildet Leute aus, die unbelastet sind. Es gab 46 unabhängige Djirgas, und mit 42 haben wir zusammengearbeitet. Sie haben Vorschläge gemacht und haben gesagt: Geht in die grossen Städte, bildet dort Polizisten und bildet dort Soldaten aus und überlasst uns das Kämpfen. Wir wissen, wer wo was gemacht hat, wir wissen, wer wo ist, und wir wissen, wer positiv oder negativ eingestellt ist. Überlasst das uns, gebt uns die Möglichkeit, dass wir uns wehren können.

Ich habe das mal hochgerechnet und mit Leuten von Isaf durchdiskutiert, im Prinzip hätte das ein Kontingent von 550 Mann für jede grössere Stadt (Kandahar, Herat, Mazar, Jalalabad, Bamian, Khost, evtl. Pul-e Khumri) bedeutet – mit Ausbildern. Die Zeit dafür ist aber vergeudet worden, das ist komplett danebengegangen. Man hätte sofort in Tuchfühlung mit den Stämmen gehen müssen; mit Leuten, die unbelastet sind, hätte man eine neue Armee, eine neue Polizei aufbauen können. Und man hätte dann von den Regionen her und vom Zentrum her gleichzeitig arbeiten können und dann noch zusammen mit Entwicklungsprojekten. Das wäre eine vernünftige Lösung gewesen.

Der Westen wäre überhaupt nicht in die Situation geraten, dass heute an der Grenze ausländische Truppen die Taliban bekämpfen, sondern das hätten die Afghanen selbst gemacht. Das würden sie auch heute noch machen.

Statt dessen hatte man einen der schlimmsten Warlords (Fahim) zum Verteidigungsminister ernannt. Sowohl Paschtunen wie auch Hasara weigerten sich aber, junge Männer unter seiner Führung zur Armee zu schicken. Sie haben gesagt: Wir werden einem Verteidigungsminister, der dermassen belastet ist, niemanden von uns zur Verfügung stellen.

Das ist auch ein Problem des Petersberger Prozesses. Wenn es ein VN-Mandatsgebiet gewesen wäre, wäre es viel einfacher gewesen, wäre es auch für die Leute glaubhafter gewesen. Statt dessen haben die Amerikaner Karzai eingesetzt, und jeder weiss, dass Karzai nur eine Stellvertreterpolitik betreibt.

Mit der Integration von unbelasteten Afghanen, die früher einmal Verantwortung im Land getragen haben, also von Leuten, die noch wirklich eine Ausbildung genossen haben und die nicht nur Warlords waren, damit hätte man ein Fundament legen können, ein solides Fundament. Das aber wurde damals mit einem Fingerwisch weggestrichen, so nach dem Motto, wir konzentrieren uns auf Kabul, aber wir gehen nicht in die Regionen, nicht auf das Land. Das Resultat sehen wir heute.

Das war politisch eben nicht gewollt!

Es war nicht gewollt, weil man alles kontrollieren wollte. Man wollte ja nicht den Aufbau, man wollte ja nicht die Selbständigkeit. Man hat zwar von Selbständigkeit gesprochen, aber letztlich sind ja die Entscheidungen alle zwischen den VN, Karzai und den Amerikanern gefallen. Die Mitwirkung der Bevölkerung hat es nicht gegeben.

Man hat es konkret gemerkt, zum Beispiel bei der Verfassung. Die Leute wollten diskutieren über die Verfassung. Ich war ja zu dieser Zeit im Land, war in den Provinzen, war im Süden, habe mit den Leuten diskutiert, die haben keine Vorstellung gehabt. Vor Ort wusste niemand, worüber diskutiert werden soll. Das aber wäre eine der Möglichkeiten gewesen, auch in den ländlichen Gebieten ausserhalb der grossen Städte eine Aufbruchstimmung hervorzurufen.

Nach dem Grundsatz: Wir schaffen gemeinsam eine Verfassung.

Statt dessen ist die Verfassung über sie gekommen. Sie ist eine Mischung aus westlichem Recht, aus traditionellem Recht, aus Antipositionen gegen bestimmte Personen. Es ist ein unseliges Konglomerat, das in Afghanistan scheitern musste.

Wir bedanken uns sehr für das Gespräch. •

Alle Artikel aus: Zeit-Fragen vom 4.2. 2008

ZDF-Sonderkorrespondent Ulrich Tilgner fühlt sich in Deutschland eingeschränkt

Tilgner beendet sein Engagement wegen zensurierter Kriegsberichterstattung

Ulrich Tilgner verlängerte seinen Vertrag als Leiter des ZDF-Büros in Teheran (Iran) und ZDF-Sonderkorrespondent für den Nahen und Mittleren Osten nicht. Der renommierte Experte begründet seine Entscheidung damit, dass er sich in seiner Arbeit zunehmend

eingeschränkt fühle, «gerade auch, was die Berichterstattung aus Afghanistan angeht, jetzt, wo dort deutsche Soldaten sterben». Es gebe Bündnisrücksichten, die sich in der jeweiligen redaktionellen Unabhängigkeit der Sender widerspiegeln, so Tilgner. Tilgner nimmt in der Schweiz eine neue Arbeit an

Quelle: Neue Luzerner Zeitung, 29.1.2008

rt. Für den deutschen Staatssender ist der Abgang des vielfachen Preisträgers ein schwerer Schlag. Offenkundig wird, was man schon lange vermuten konnte, Berichterstattung in Deutschland immer mehr gegängelt. Nun führt nicht nur die Zensur durch US-amerikanische Militärbehörden zu einer Informationssperre bzw. zu verdrehten Nachrichten aus Kriegsgebieten – hinzu kommt jetzt eine hausgemachte Zensur. Tatsachen aus Afghanistan werden nicht mehr geliefert. Die deutsche Öffentlichkeit wird nur noch «dosiert darüber informiert», in welchem Umfeld sich die deutschen Bundeswehresoldaten bewegen. Eine demokratische Meinungsbildung der deutschen Stimmbürger wird bewusst verhindert. Das ZDF hat als öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt, die aus Steuermitteln finanziert wird, einen gesetzlichen Informationsauftrag – dem muss der Rundfunksender jetzt erst recht nachkommen!